



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Bernstorff: Über die Orientierung der deutschen Außenpolitik

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Feige stirbt weg an sich selbst. Es wird nicht mehr Hemmung sein, wenn der waffenlose Krieg beginnt.

Sooft Franzosen in Europa dominieren, wird des Durcheinanders kein Ende, und am Engländer sterben die Völker, die sich ihm geistig unterwerfen. Ruinen und Leichen! Aber wir schreiten durch diese zerstörte Welt weiter und aufwärts, weil Deutschland, das noch nie Fremdherrschaft länger als ein paar Jahre ertrug, auch diesmal im Begriff ist, vom erbarmungslosen Feind zu lernen, und duldbend zu fühlen, daß seine Grenzen, seine Rechte heilig sind. Priscus.



Über die Orientierung der deutschen Außenpolitik

Von Graf Bernstorff, ehem. Deutschem Botschafter in Washington

Nachdem in Heft 31/32 der Grenzboten Großadmiral v. Tirpitz sein außenpolitisches Glaubensbekenntnis entwickelt hat, geben wir heute einem führenden Vertreter der entgegengesetzten Weltanschauung das Wort. Vielleicht ist Deutschland in eine Geschichtsperiode eingetreten, in welcher außenpolitisch verschiedene Richtungen nebeneinander bestehen werden, so wie z. B. England seine franko-russo-germanophilen Politiker nebeneinander verwandte, oder wie der Große Kurfürst, um zwischen den Mächten hochzukommen, verschiedener und abwechselnder Orientierungen bedurfte. Es kommt dabei nur auf die innere Geschlossenheit des Nationalwillens bei wechselnden Methoden an. Dies vorausgeschickt, verzichten wir, im einzelnen zu den nachfolgenden Ausführungen Stellung zu nehmen. D. R.



er wie ich in einem heftigen, durch persönliche Angriffe gemürzten Wahlkampfe von seinen Gegnern als „Reisender für den Völkerbund“ bezeichnet worden ist, braucht vielleicht nicht mehr zu erklären, daß er es für verfrüht halten würde, wenn wir schon heute eine Entscheidung über die Orientierung der deutschen auswärtigen Politik treffen wollten. Zunächst müssen wir uns auf den Völkerbund einstellen und abwarten, ob einer unserer bisherigen Feinde uns die Hand zu einer politischen Annäherung bietet. Die Leiden der Welt sind so groß, daß sie nur auf internationalem Wege und durch internationale Mittel geheilt werden können. Einzelne Staaten erscheinen machtlos der heutigen Weltkatastrophe gegenüber. Es ist die höchste Zeit, daß ein führender Staatsmann alle Nationen zum gemeinsamen wirtschaftlichen Aufbau aufruft und dadurch einem wahren, reformierten Völkerbunde das Leben gibt. Die Orientierung unserer Politik in der Richtung auf den notwendig zu erstrebenden wahren Völkerbund schließt indessen nicht aus, daß wir theoretisch die Möglichkeit und den Wert der verschiedenen anderen Orientierungen erörtern.

Mit besonderem Nachdruck wird seitens der Vossischen Zeitung eine bestimmte Orientierung unserer auswärtigen Politik verlangt, und zwar nach Frankreich hin. Dabei wird behauptet, daß eine Verständigung mit Frankreich schon in Versailles

und dann wiederholt bei späteren Gelegenheiten möglich gewesen sei. Eine solche Verständigung wäre gewiß außerordentlich erwünscht, doch sollte sie meines Erachtens nicht so propagiert werden, daß sie eine Spitze gegen England enthält. Unsere Lage ist eine solche, daß wir uns unmöglich eine Politik erlauben können, die eine Gegnerschaft gegen irgendeine der Großmächte involviert. Dadurch würden wir nur wieder den altbekannten Vorwurf auf uns laden, daß wir die Mächte untereinander verhetzen wollten, und würden wir ferner das Gegenteil des gewünschten Resultates erreichen, indem wir die gegen uns gerichtete Allianz befestigten. Was insbesondere die Versailler Vorgänge anlangt, so bin ich darüber nur durch mündliche Mitteilungen unterrichtet, die mir der dortige Vertreter der Vossischen Zeitung damals machte. Die Berichte der deutschen Friedensdelegation ließen nicht darauf schließen, daß eine Gelegenheit zur Verständigung versäumt worden sei. Im übrigen ist über die Versailler Verhandlungen bisher nur wenig Authentisches bekannt geworden. Die einzige Ausnahme bildet das geniale Buch von Reynes über die wirtschaftlichen Folgen des Friedensvertrages. Darin sagt der Cambridger Professor im Gegensatz zur Auffassung zur Vossischen Zeitung: „Ich bezweifle, ob irgend etwas, was die deutsche Delegation auf dieser Stufe der Verhandlungen hätte vorbringen können, das Ergebnis wesentlich beeinflusst hätte.“ Ich selbst befand mich damals nicht in einer politischen Stellung, sondern hatte mich lediglich als Beamter zur Verfügung gestellt, um in Berlin die diplomatisch-technische Vorbereitung der Friedensverhandlungen zu leiten. Während der Verhandlungen spielte ich gewissermaßen die Vermittlungsinstanz zwischen der Delegation und dem ausschlaggebenden Reichskabinett. Dabei ist niemals die Möglichkeit einer Verständigung mit Frankreich zur Sprache gekommen. Als die Delegation nach Weimar zurückkehrte, endigte meine Tätigkeit, was mir sehr lieb war, da ich, angesichts der inneren Lage Deutschlands, mich den letzten Schlussfolgerungen der Delegation nicht anschließen konnte. Meines Erachtens wäre eine Ablehnung des Friedensvertrages nur möglich gewesen, wenn das deutsche Volk von der Etzsch bis an den Belt den einmütigen Willen gezeigt hätte, sich nötigenfalls dem Untergange zu weihen, wie einst König Teja und seine Volksgenossen am Vesuv. Da aber eine solche heroische Gesinnung nicht mehr vorhanden und damals auch nicht zu entzünden war, blieb nichts anderes übrig, als der Gewalt zu weichen und den Vertrag zu unterschreiben, obgleich wir wußten, daß wir die Bedingungen desselben niemals erfüllen können. Ich habe damals das mir angebotene Portefeuille des Außenren nicht deswegen abgelehnt, weil ich den Friedensvertrag nicht unterschreiben wollte, sondern weil ich es nicht mit meiner Auffassung von Parteidisziplin vereinigen konnte, ein Amt anzunehmen, nachdem die demokratische Partei mit großer Mehrheit beschlossen hatte, aus der Regierung auszutreten.

Wenn ich also auch nicht genau weiß, wie sich die von der Vossischen Zeitung erwähnten Vorgänge in Versailles abgespielt haben, so möchte ich doch nach meinen sonstigen Beobachtungen annehmen, daß es sich wie in anderen mir bekannten Fällen um das Vorgehen einzelner französischer Herren handelte, die es zwar sehr gut meinten, aber bei ihrer eigenen Regierung weder Einfluß noch Rückhalt hatten. Wie dem auch sei, die Franzosen sind die Sieger und müssen den ersten Schritt tun, der an sich durchaus wünschenswert wäre und ein großes

Glick für die ganze Welt bedeuten würde. Man stelle sich nur vor, wieviel die Kultur und die Weltwirtschaft gewinnen würden, wenn der deutsch-französische Gegensatz sich in eine gemeinsame Arbeit für die idealen und materiellen Güter der Menschheit verwandeln sollte. Man denke sich eine nähere Verknüpfung des rheinisch-westfälischen Industriegebietes mit dem nordfranzösisch-lothringischen Erz- und Kohlengebiete, dem sich das belgische und luxemburgische Industriegebiet ganz von selbst anschließen würde. Der Wiederaufbau Europas erhielte durch eine solche Arbeitsgemeinschaft einen Anstoß von so großer Triebkraft, daß alle anderen Hindernisse sich leicht überwinden ließen. Wenn die Franzosen ruhiger Überlegung fähig wären, müßten sie einsehen, daß der einzige Weg aus den Leiden der Gegenwart der ist, diese Leiden gemeinsam zu tragen. Leider scheint aber Reynes mit seiner Darstellung der französischen Politik recht zu behalten. Er erklärt die Haltung Frankreichs durch die veraltete imperialistische Politik Clemenceaus und durch die Furcht vor der Rache Deutschlands. Nachdem der falsche Weg eines ungerechten Karthagofriedens einmal ergriffen worden sei, treibe das schlechte Gewissen die Franzosen immer weiter auf der falschen Bahn. Sie glaubten sich ausschließlich durch die Schwächung und Zerstückelung Deutschlands vor dessen dereinstiger Rache schützen zu können.

Solange sich die Haltung Frankreichs uns gegenüber nicht völlig ändert, solange der zur Zeit Stärkere noch soviel Furcht vor dem besiegten Nachbarn zeigt, daß er den für ihn so einfachen ersten Schritt zur Verständigung nicht wagt, muß eine französische Orientierung unserer Politik als eine Illusion betrachtet werden. Wenn aber die Auffassung von Reynes sich als falsch erweisen und in Frankreich eine Stimmung entstehen sollte, die uns eine annehmbare wirtschaftliche Existenz auf nationaler Basis gönnte, so würde die deutsche demokratische Republik nur zu froh sein, die Annäherung an Frankreich anzunehmen zu suchen. Wir müßten jedoch unbedingt als Voraussetzung für eine solche Annäherung die Forderung aufstellen, daß Frankreich auch für uns das Recht der Selbstbestimmung der Völker und ferner die historische Tatsache anerkennt, daß das deutsche Volk, soweit die deutsche Zunge klingt, eine nationale Einheit ist, die nur zeitweilig im Laufe der Geschichte durch dynastische Politik gelockert wurde. Vorläufig ist leider allerdings eher zu befürchten, daß die Stimmung der Franzosen uns gegenüber sich noch mehr verschlechtern wird, wenn sie erst merken, daß sie selbst durch Steuern ihre Kriegskosten aufbringen müssen, weil wir infolge des Karthagofriedens zahlungsunfähig geworden sind.

Vor dem Weltkriege habe ich mich immer zur englischen Orientierung bekannt. Mein Hauptmotiv für diese Anschauung lag in der Überzeugung, daß die lebendigen Kräfte der Weltgeschichte in dem demokratischen Westen zu finden seien. Der Ausgang des Krieges hat diese Auffassung bestätigt.

Ich hatte schon als Legationssekretär in St. Petersburg die Überzeugung gewonnen, daß das zaristische Rußland morsch sei, und entfenne mich lebhafter Kontroversen über dieses Thema mit Landsleuten, die zur Krönung nach Moskau gekommen und durch den asiatischen Prunk und Glanz geblendet waren. Wenn Bismarck wirklich, wie seine gedankenlosen Nachbeter behaupten, eine einseitige russische Orientierung gewünscht hätte, so würde er auf dem Berliner Kongresse eine andere Haltung eingenommen, den bekannten Brief Lord Salisbury vom

Jahre 1887 nicht geschrieben, und weder das Bündnis mit Osterreich-Ungarn noch den Dreibund abgeschlossen haben. Tatsächlich hat uns Bismarck eine auswärtige Politik hinterlassen, die uns zwangsläufig auf die englische Orientierung hinwies. Das hat Caprivi richtig erkannt und auf Grund dieser Einsicht unsere Kolonial- und Flottenpolitik den guten Beziehungen mit England untergeordnet. Gegen England konnten wir nun einmal, wie die Dinge lagen, keine Weltpolitik treiben, und ohne Weltpolitik konnte das schnell wachsende deutsche Volk nicht leben. Später wurde die nachbismarckische deutsche auswärtige Politik von dem leider falschen Axiom Holsteins beherrscht, daß der Gegensatz zwischen England und Rußland unüberbrückbar sei, und der Dreibund das Bünglein an der Wage zwischen diesen beiden feindlichen Mächten bilden müsse. Allerdings wäre, rein theoretisch betrachtet, auch eine Weltpolitik gegen England möglich gewesen, wenn wir einen europäischen Kontinentalbund hätten bilden können. Ein solcher war aber unerreichbar, wegen der unversöhnlichen Feindschaft Frankreichs gegen uns.

Trotzdem heute die Machtverhältnisse gänzlich verändert sind, dreht sich der Streit der Meinungen auch jetzt um die gleichen Probleme. Das deutsche Volk muß zu völliger politischer Bedeutungslosigkeit herabsinken, wenn es uns nicht bald gelingt, in hinreichendem Maße Lebensmittel, Rohstoffe und Fabrikate ein- und auszuführen. Wie wir dieses Problem ohne das Wohlwollen Englands lösen sollen, ist mir unerfindlich. Es bleibt uns also nichts anderes übrig, als unter weit ungünstigeren Umständen diejenige Politik zu führen, welche zu Caprivis Zeiten mit viel mehr Aussicht auf Erfolg eingeleitet, aber leider mit dem Krügertelegramm fallen gelassen wurde. Selbstverständlich sollen wir uns den Engländern nicht aufdrängen. Das würde durchaus der zurückhaltenden und würdevollen Politik widersprechen, die ich für unbedingt erforderlich halte. Als Besiegte müssen wir unsere Würde besonders peinlich wahren. Wir sollten aber den Engländern gegenüber keine Empfindlichkeit zeigen. Von jeher neigte unsere öffentliche Meinung zu dem politischen Fehler nachtragenden Grolls, ebenso wie der einzelne Deutsche an einer übergroßen persönlichen Empfindlichkeit leidet. Solche Gefühle sind, wie unser großer Bismarck so oft betont hat, in der Politik nicht am Platze, weil man niemals von einem fremden Staate etwas anderes erwarten darf, als daß er nationale Politik treibt. Insbesondere hat England seit Hunderten von Jahren konsequent die gleiche Politik betrieben. Jeder erfahrene Politiker wußte das, und wenn wir trotzdem in unser Verhängnis gerannt sind, so haben wir dies überwiegend eigenen Fehlern zu verdanken. Solche geschichtlichen Wahrheiten müssen heute ohne Scheu ausgesprochen werden, auch wenn sie bitter schmecken, weil es keinen anderen Weg gibt, um die gleichen Fehler in der Zukunft zu vermeiden. Jetzt ist nach dem ganzen Verlaufe der englischen Geschichte zu erwarten, daß die Briten dem besiegten und nicht mehr gefährlichen Gegner die Freundeshand reichen werden, um ihn wieder aufzurichten und seine Dienste auf irgendeinem Gebiete im Interesse der englischen Politik zu verwenden. Wenn dieser Fall eintreten sollte — aber nicht früher —, wird der Moment für uns gekommen sein, uns für die englische Orientierung zu entscheiden und aus ihr möglichst große Vorteile für den Wiederaufbau zu erzielen, ohne uns durch Angliphobie behindern zu lassen.

Es könnte eingewendet werden, die Engländer hätten ebensowenig wie die Franzosen Verständnis für die Tatsache, daß infolge der großen weltwirtschaftlichen Zusammenhänge der Wiederaufbau der Welt ohne die Gesundung Deutschlands unmöglich ist, während andererseits der Ruin Deutschlands den wirtschaftlichen Zusammenbruch ganz Europas nach sich ziehen muß. Gewiß wird es noch längerer Zeit bedürfen, bis sich das englische Volk in seiner Mehrheit zu dieser Überzeugung durchdringt. Die Nachwirkung der ungeheuren Kriegsheze, die nur Abscheu vor dem deutschen Volke wecken wollte, ist noch zu stark. Immerhin ist es bemerkenswert, daß gerade ein Engländer ein solches Buch geschrieben hat, wie das von Keynes. Große Organe der öffentlichen Meinung, wie der „Manchester Guardian“, die „Westminster Gazette“ und die „Daily News“ vertreten den gleichen Standpunkt. Asquith hat sogar in einer Wahlrede, was besonders hervorzuheben ist, die Revision des Versailler Friedens verlangt, während die Herren auf der Regierungsbank noch durch ihre Wahlversprechen nach der anderen Richtung stark gehemmt sind. Wer das besetzte Rheinland kennt, weiß, wie viel mehr Rücksicht die Engländer dort an den Tag legen wie die Franzosen. Es ist also zum mindesten eine berechtigte Hoffnung vorhanden, daß die Briten bald im eigenen Interesse zur Erkenntnis der Solidarität der europäischen Wirtschaftsgebiete gelangen werden, wenn sie auch vielleicht die von Keynes verlangte Grobherzigkeit noch nicht an den Tag legen wollen. Möglicherweise wird ein Wandel in der englischen Politik erst dann eintreten, wenn Neuwahlen Männer an die Regierung gebracht haben, die für den Versailler Frieden nicht verantwortlich sind.

Der Begriff der „Westlichen Orientierung“ umfaßt auch die Vereinigten Staaten von Amerika, obgleich mit ihnen ein politischer Anschluß niemals in Betracht gekommen ist und auch jetzt nicht im Bereiche der Möglichkeit liegt. Die Amerikaner haben nun einmal kein Interesse an der europäischen Politik und sind nur durch eine für uns außerordentlich unglückliche Verkettung von Umständen bezogen worden, in den Krieg einzutreten. Sehr zu unserem Nachteile zeigte sich diese Teilnahmslosigkeit der Vereinigten Staaten auf der Versailler Konferenz. Das Interesse der Amerikaner für Europa erstreckt sich nur auf wirtschaftliche Dinge und humanitäre Ideen. Vollends ist man jetzt in den Vereinigten Staaten der europäischen Politik durchaus müde. Wir sollten aber nicht aus den politischen Vorgängen in Amerika den falschen Schluß ziehen, als ob dort die Totenglocken des Völkerbundes läuteten. In den Vereinigten Staaten denkt man jetzt ausschließlich an die Präsidentenwahl. Erst wenn diese vorüber ist, werden wir klar erkennen können, welchen Kurs die amerikanische äußere Politik steuern wird. Mit Sicherheit werden wir aber mit der alten Teilnahmslosigkeit gegenüber europäischen Dingen rechnen können, was auch begreiflich erscheint nach den Enttäuschungen, die der Krieg den Amerikanern gebracht hat. Sie glaubten als Kreuzfahrer auszuziehen, um eine bessere Welt zu gründen, und lassen jetzt hinter sich ein völlig zerrüttetes Europa zurück. Immerhin glaube ich, daß die Vereinigten Staaten mit gewissen Einschränkungen einem wahren Völkerbund gegenüber schließlich eine freundliche Haltung einnehmen werden, weil die öffentliche Meinung in Amerika den Idealen der Völkerbunds Idee immer Sympathie entgegengebracht hat. Die Tatsache aber, daß Wilson glauben konnte, die amerikanische öffentliche Meinung werde den Versailler Frieden, den falschen Versailler Völkerbund und das Defensivbündnis

mit Frankreich billigen, bliebe ein vollkommenes psychologisches Rätsel, wenn nicht ohnehin klar wäre, wie sehr er in Versailles dem Einflusse der französischen Umwelt unterlegen ist. Jedenfalls können wir bei der Frage unserer politischen Orientierung Amerika ganz ausschalten. Doch sollten wir um so mehr danach trachten, unsere wirtschaftlichen Beziehungen mit den Vereinigten Staaten so eng wie möglich zu gestalten. Wenn wir aber in dieser Richtung Erfolge erzielen wollen, wird sich unsere öffentliche Meinung mehr als bisher auf die amerikanische Ideenwelt einstellen müssen.

Obgleich ich der einzige lebende Deutsche war, der Wilson persönlich gut kannte, hat man mich nicht gefragt, bevor man sich im Herbst 1918 an ihn wandte. Wenn man mich gefragt hätte, würde ich abgeraten haben, den Präsidenten anzurufen, da ich nach Kenntnis seines Wesens überzeugt war, daß er uns niemals die Ablehnung seines Vermittlungsangebots im Jahre 1916 verzeihen hat. Wilson war, wie sich Keynes milde ausdrückt, „für den Vorwurf der Deutschfreundlichkeit bis zur Torheit empfänglich“. Als mich Prinz Max von Baden im Oktober 1918 aus Konstantinopel nach Berlin berief, um ihm bei den weiteren Verhandlungen behilflich zu sein, war nichts anderes mehr zu tun, als der Versuch zu machen, Wilson bei der Stange zu halten. Er erwies sich aber zu schwach und verlor dadurch den Ehrenplatz in der Weltgeschichte, den er seit Jahren erstrebte. Infolge der Enttäuschung über seinen Mißerfolg ist der Präsident dann körperlich und geistig niedergebroschen, wenn man nicht zu seiner Entschuldigung annehmen will, daß er schon in Versailles ein kranker Mann war. Widersinnig ist es aber anzunehmen, daß Wilson von vornherein die Absicht hatte, in Versailles einen Karthagofrieden abzuschließen, denn kein Staatsmann wird sich freiwillig um Ehre und Reputation bringen. Ebenso widersinnig ist es zu behaupten, daß ich noch heute auf Wilson schwöre. Seit dem 31. Januar 1917 habe ich nie mehr etwas von ihm erhofft. Ich wußte genau, daß er unser damaliges Verhalten als einen Schlag ins Gesicht betrachtet hatte. Allerdings hat die Anrufung Wilsons uns wohl nichts geschadet, denn ohne dieselbe hätten wir auch keinen besseren Frieden erhalten. In moralischer Beziehung stärkte sie eher unsere Stellung im Hinblick auf die Zukunft, denn wie sogar der Engländer Keynes schreibt: „Es gibt wenige geschichtliche Vorgänge, welche die Nachwelt weniger Grund haben wird zu verzeihen. Ein Krieg, der anscheinend angeblich zum Schutze der Heiligkeit der Verträge geführt, mit einem offenen Bruch eines der denkbar heiligsten solcher Verträge durch die siegreichen Vorkämpfer dieses Ideals endete.“

Es geht auch nicht an, wie das bei uns oft geschieht, die Völkerbundsidee dadurch diskreditieren zu wollen, daß man sie mit dem unpopulären Namen Wilsons verquickt, oder sie lächerlich macht, indem man es so darstellt, als glaubten die Anhänger dieser Idee, schon am nächsten Donnerstag den ewigen Frieden stabilisieren zu können. Die Völkerbundsidee lebte schon lange vor Wilson, und der ewige Friede ist ein Ideal, das wie alle anderen sittlichen und religiösen Ideale auf Erden niemals realisiert werden dürfte. Trotzdem bleibt das Streben nach dem Ideal doch immer der beste Inhalt des Menschen- und Völkerlebens, und wir wollen vorläufig zufrieden sein, wenn ein verbesserter Völkerbund aller Nationen eine Weltwirtschaft aufrichtet, das Selbstbestimmungsrecht der Völker als Gesetz statuiert und dadurch, sowie durch Einführung von

Schiedsgerichten und durch allgemeine Abrüstung die Zahl der Kriege auf ein Minimum reduziert.

Wir wollen zu den Idealen der Zeit unseres klassischen Idealismus zurückkehren, wo aus der schönsten Blüte unseres Geisteslebens das deutsche Nationalgefühl entstand, mit nationaler Würde aber gleichzeitig die Erkenntnis des Weltbürgertums verbunden war.



Aus Geheimberichten an den Grafen Hertling

(1915—1917)

Von Franz von Stockhammern, Ministerialdirektor im Reichsfinanzministerium

X. (Schluß)

Luzern, den 16. Mai 1917.

Persönlich bin ich auf Grund eines Meinungsaustausches, den ich letzter Tage mit einem der amerikanischen Gesandtschaft Bern nahestehenden Diplomaten hatte, der Anschauung, daß die Entente im Vertrauen auf die Unterstützung Amerikas vorerst den Kampf fortsetzen wird. Man geht in Paris und London von der Voraussetzung aus, daß Deutschland und Osterreich-Ungarn auch nach Abschluß eines Waffenstillstandes, ja selbst eines Separatfriedens mit Rußland nicht in der Lage sein werden, ihre Ostfront zu degarnieren, da die Verhältnisse in Rußland zu unsicher seien, um einen im Juni mit der Regierung A geschlossenen Waffenstillstand oder Frieden auch von Seite der vielleicht schon im Juli erstehenden Regierung B Anerkennung zu gewährleisten.

Luzern, den 18. Mai 1917.

Ich habe anlässlich der Anwesenheit des Abgeordneten Müller Gelegenheit gehabt, verschiedene der äußeren und äußersten Linken der internationalen Sozialdemokratie nahestehende politische Persönlichkeiten kennen zu lernen. Die Enttäuschung darüber, daß Deutschland sich nicht wenigstens Rußland gegenüber auf den Boden der Scheidemannschen Formel gestellt hat, war unverkennbar. Doch ist der Stand der Dinge in Rußland zur Zeit ein zu chaotischer, als daß selbst in diesen mit russischen Verhältnissen wohlvertrauten Kreisen ein einigermaßen sicheres Urteil darüber bestünde, wie sich Rußland eigentlich verhalten werde. Was mit Sicherheit festzustellen war, ist, daß man jeden Tag mit einer Überraschung nach der einen oder der anderen Seite rechnen kann.

Ich darf in diesem Zusammenhange bemerken, daß die ruhige und abgewogene Art, in der Herr Müller mit politischen Persönlichkeiten der Schweiz verhandelt, auch diesmal wieder manche schwebende Angelegenheit in einem Deutschland günstigen Sinne gefördert und manches Mißverständnis aufgeklärt hat, das über unsere politischen Absichten im neutralen Ausland zu bestehen